Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgeld freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mark). Fernsprecher Nr. 17. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 345 40.

Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger" oder auf die Erstattung des Bezugsgeldes.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mark).

Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für undeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 113 — Sonnabend, den 19. September — **1925**

Befreiungsfeier in Rheinland und Westfalen.

Reichspräsident v. Hindenburg und Vertreter der Reichsregierung sind gestern zur Befreiungsfeier in Bochum und Essen eingetroffen und von der Bevölkerung freudig begrüßt worden. — Amerika überzeichnet die deutsche Landwirtschaftsanleihe. — Der Danzig-polnische Postkonflikt vor dem Völkerbund. — Ueberschwemmungsunglück in China.

Hindenburg im befreiten Ruhrgebiet.

Bochum, 17. Sept. Der Kölner D-Zug, der heute zwei Salonwagen mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg und seiner Umgebung und Vertretern der Reichs- und Staatsregierung in das befreite Gebiet brachte, ist heute pünktlich um 3 Uhr 20 Minuten in Bochum eingelaufen. Auf dem Bahnhof Bielefeld fand die erste Kundgebung für den greisen Feldmarschall und das Reichsoberhaupt statt. In Hamm, an der Grenze des Einbruchsgebietes, gibt es die erste offizielle Feier. Sängerchor, Musikkapellen, würdiger Lorbeerschmuck. Ein Doppelposten der Reichswehr präsentiert vor Hindenburgs Wagen. Der Reichspräsident grüßt und dankt. Aus westfälischen Sängerkehlen klingt es: „Nach deutschen Opfern heilig und groß . . ."

Bochum, 17. Sept. Zum Empfang des Reichspräsidenten von Hindenburg hat das Ruhrgebiet sich festlich geschmückt. Wenn auch, entsprechend den vom Reichspräsidenten, sowohl wie von der Reichsregierung geäußerten Wünschen, die Ausschmückung unserer Stadt nur schlicht ist, so herrscht doch in der Bevölkerung große Freude darüber, daß das Reichsoberhaupt es sich nicht nehmen läßt, selbst zu denen zu kommen, die jahrelang unter fremder Besatzung schwer zu leiden gehabt haben. Auch Reichskanzler Dr. Luther wird von Westerland aus über Bremen hier eintreffen. Um die Mittagszeit bereits haben die einzelnen Vereine, Gewerkschaften, Korporationen und Schulen sich für den Empfang des Reichspräsidenten aufgestellt, in dessen Begleitung sich u. a. der Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Krenken, und der Preußische Ministerpräsident Braun befinden. Aus der Umgebung Bochums sind Zehntausende herbeigeeilt, um selber Zeuge der Ankunft Hindenburgs zu sein und der Verehrung für den Feldmarschall Ausdruck zu verleihen. Die Sängerbünde und die Schuljugend empfingen den Reichspräsidenten mit Gesang; ebenso werden in Duisburg tausend Sänger als Angehörige des Rheinischen Sängerbundes, zusammen mit 1500 Schulkindern, Hindenburg eine Ovation darbringen. Ein gleicher Empfang wird in Essen stattfinden. In Duisburg sind weitgehende Vorbereitungen für die Ankunft Hindenburgs getroffen, der im Hause des Oberbürgermeisters Dr. Jarres den Tee einnehmen wird. Die Fabriken und Geschäfte werden schließen, um den Angestellten und Arbeitern Gelegenheit zu einer Huldigung für den Reichspräsidenten zu geben. Zahlreiche Meldungen von Verbänden aus Oberhausen und vom linken Niederrhein zur Teilnahme an den Empfang liegen vor. Die hiesigen Zeitungen veröffentlichen herzlich gehaltene Begrüßungsartikel, zum Teil mit dem Bilde des Reichspräsidenten.

de Manzies Besuch in Berlin.

Am Mittwoch weilte der französische Kultusminister de Monzie in Berlin. Am dem Frühstück, das Kultusminister Dr. Becker bei dieser Gelegenheit gab, nahmen neben dem preußischen Ministerpräsidenten Braun, dem französischen Botschafter de Margerie, den Staatssekretären Schubert, Zweigert und Lammers und dem früheren preußischen Kultusminister Schmidt-Ott namhafte Vertreter der Wissenschaft und Kunst teil. Herr de Monzie befand sich in Begleitung einiger Herren der französischen Botschaft und der Professoren Brunot, Dekam der Sorbonne, und Resnard. Minister Becker hieß Herrn de Monzie willkommen. Mit Genugtuung begrüße er den Besuch des französischen Unterrichtsministers, da er einen weiteren Schritt in der Reihe seiner Aeußerungen bedeute, auf kulturelle Verständigung der europäischen Völker, insbesondere des französischen und des deutschen, hinzuwirken. Die Wissenschaft sei ihrem Wesen nach international, aber der Mensch, der sie erzeuge, gehöre dem nationalen Boden an, in dem er wurzele, und könne sich ohne Schädigung auch seiner geistigen Arbeit von den Geschicken seines Volkes nicht lösen. Daraus ergäben sich Schwierigkeiten für die internationale Zusammenarbeit der Gelehrten, wenn ihre Völker in Konflikte gerieten. Diese Situation habe der Weltkrieg geschaffen. Je stolzer eine Nation sei, desto schwerer trüge sie an ihrer Niederlage. Deutschland stehe noch unter dem Alpdruck der Besatzung. Für die wissenschaftlichen Organisationen kommt in Betracht, daß die Zusammenarbeit der Gelehrten in Assoziationen und auf Kongressen ohne deutsche Schuld nach dem Kriege nicht wieder oder nur vereinzelt aufgenommen worden sei. Vielmehr sei nach dem Kriege eine Boykottbewegung gegen Deutschland eingeleitet worden. Noch im laufenden Jahr seien die bedauerlichen Beschlüsse des „Conseil de recherches" gefaßt worden, deren Wirkung in der deutschen Gelehrtenwelt sehr stark gewesen sei. Um so freudiger begrüße er die vorurteilsfreie Initiative, die Herr de Monzie ergriffen habe, und heiße ihn als Vorkämpfer der geistigen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland willkommen. In seiner Erwiderung wies Herr de Monzie auf die Schwierigkeiten hin, die bis auf die letzten Monate die Wiederherstellung des Kontaktes zwischen den deutschen und den französischen Gelehrten und anderen Persönlichkeiten hinausgezögert hätten. Er freue sich, daß er durch die Broschüre von Professor Karo die Einwände kennengelernt habe, die einer Annäherungsaktion im Wege ständen. Er zeigte durch eine Reihe von Beispielen, daß die französische Regierung sich lange vor dem Kongreß vom 2. Dezember vorigen Jahres bemüht habe, den Beziehungen zwischen Gelehrten und Universitäten möglichste Objektivität zu sichern.

Die Reichsregierung vor dem Auswärtigen Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist auf Mittwoch, den 23. Sept., vormittags 10 Uhr, einberufen worden. Der Ausschuß wird sich mit der außenpolitischen Lage, insbesondere dem Sicherheitspakt, beschäftigen. Es steht zu erwarten, daß die Reichsregierung den Ausschuß über das Ergebnis der für nächsten Montag einberufenen Kabinettssitzung unterrichten wird.

Die Landwirtschaftsanleihe überzeichnet.

New York, 17. Sept. Die Ueberzeichnung der Anleihe der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt ist so groß, daß die Bankiers bekanntgaben, daß viele Orders sehr scharf repariert werden müssen. Die verlangten Beträge beliefen sich auf ungefähr eine halbe Milliarde Dollars. Die Zuteilung dürfte fünf bis zehn Prozent des gezeichneten Betrages ausmachen. In den Kreisen der amerikanischen Bondshändler betrachtet man die gewaltige Ueberzeichnung als das bedeutsamste Ereignis in den letzten Wochen. Man nimmt weiter an, daß die günstige Aufnahme dieser Anleihe der Unterbringung ähnlicher Wertpapiere unter besseren Bedingungen die Wege ebnen werde.

Trendelenburgs neue Verhandlungen mit Chaumet.

Paris, 16. Sept. Ueber die gestern stattgehabte Zusammenkunft der beiden Wirtschaftsdelegationen, die deutscherseits von Staatssekretär Dr. Trendelenburg und von französischer Seite durch den Handelsminister Chaumet geleitet werden, gibt die deutsche Delegation folgende Mitteilung heraus: „Vereinbarungsgemäß hatten Staatssekretär Trendelenburg und Minister Chaumet heute eine Besprechung, um zu prüfen, auf welcher Grundlage die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wieder aufgenommen werden könnten. Nach dieser ersten Fühlungnahme werden morgen die Besprechungen fortgesetzt werden."

Der Postkonflikt vor dem Völkerbund.

Genf, 17. Sept. Die Danzig-polnischen Streitigkeiten über die Grenzlinie für den polnischen Postdienst und das polnische Munitionslager auf der Westerplatte werden vom Völkerbund am nächsten Freitag in öffentlicher Sitzung behandelt werden.

Endgültige Annahme des belgischen Handelsvertrages.

Der Austausch der Ratifaktionsurkunden zu dem vorläufigen Handelsabkommen zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion hat im Auswärtigen Amt zwischen Staatssekretär v. Schubert und dem hiesigen belgischen Gesandten, R. Everts, stattgefunden. Das Abkommen tritt am 1 Oktober d. J. in Kraft. Gleichzeitig wurde dem belgischen Gesandten eine Note übergeben. In dieser Note wird zum Ausdruck gebracht, daß die deutsche Regierung für den Fall, daß die belgische Regierung später zur Einführung der 26prozentigen Reparationsabgabe schreiten sollte, in einer solchen Maßnahme eine Diskriminierung der deutschen Waren auf dem belgischen Markte gegenüber den Waren aus dritten Ländern sehen müßte und daß eine solche Diskriminierung mit dem Grundsatz der Meistbegünstigung im Widerspruch stünde, auf dem das vorläufige Handelsabkommen zwischen der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion und Deutschland vom 4. April 1925 aufgebaut sei. Von belgischer Seite wurde hierzu erklärt, daß die belgische Regierung für den Fall, daß sie sich zur Einführung der Reparationsabgabe genötigt sehen sollte, sich vorher mit der deutschen Regierung ins Einvernehmen setzen würde, um eine Anwendungsmöglichkeit der Abgabe zu finden, die den Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern, dessen Entwicklung die belgische Regierung wünsche, nicht schädige.

Die Verwaltungsreform der Städte.

Der Landtagsausschuß für die Städteordnung beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage, ob der Städteordnung die rheinische Bürgermeisterei verfassung zugrunde gelegt, oder ob den einzelnen Gemeinden die Wahl überlassen werden solle. In der Aussprache wurde die süddeutsche Stadtratsverfassung zur Debatte gestellt. Von den Sozialdemokraten und Kommunisten wurde vorgeschlagen, daß die Staatsregierung einen Entwurf vorlegen solle, der die süddeutsche Stadtratsverfassung zur Grundlage habe, bei der die Exekutive der Gemeindevertretung verbleibe, während bei der rheinischen Bürgermeisterei verfassung die Exekutive dem Bürgermeister zustehe. Rechtsparteien und Zentrum hielten demgegenüber an dem Standpunkt fest, daß es zweckmäßig sei, den Städten selbst die Wahl der Verwaltungsform zu überlassen.

30 Millionen Reparationszahlung.

Berlin, 15. Sept. Der Generalagent für Reparationszahlungen teilt mit: Die Reichsregierung hat den am 15. September fälligen Betrag von 30 Millionen Goldmark als erste Rate der im zweiten Jahre des Sachverständigenplanes zu leistenden Annuität heute gezahlt. Die Zahlung erfolgte durch Ueberweisung des Gegenwertes in Reichsmark auf das Konto des Generalagenten für Reparationszahlungen bei der Reichsbank.

Wie das Ausland die Dinge sieht.

London, 16. Sept. Der Genfer Vertreter des „Manchester Guardian" gibt heute folgenden zusammenfassenden Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Paktverhandlungen. Kurz gesprochen: Polen ist die Schwierigkeit. Denn mit dem Rheinpakt ist man schon so gut vorwärts gekommen, daß trotz verschiedener Einwendungen, die Dr. Gans in London machte, keine unüberwindbaren Hindernisse für die großen zivilisierten Westmächte bestehen, zum erstenmal seit Karl dem Großen einen dauernden Frieden zu schließen. Die Geschichte der Genfer Besprechungen ist die Geschichte der Angst Polens, zum Sündenbock Europas gemacht zu werden und es zu einem Rheinlandpakt kommen zu lassen, bevor nicht die Ostfrage ernstlich in Angriff genommen würde. Um diese polnischen Befürchtungen zu zerstreuen, ist man deshalb schließlich übereingekommen, die Verhandlungen über die östlichen Verträge gleichzeitig mit denen über den Rheinpakt stattfinden zu lassen. Das bemerkenswerteste Ereignis in Genf war die offensichtliche Verschiedenheit der Haltung Polens und der Tschechoslowakei. Die Tschechoslowakei, die keine Grenzstreitigkeiten mit Deutschland hat, könnte also ihren Schiedsgerichtsvertrag mit Deutschland ohne jede Schwierigkeit abschließen. Den Rheinpakt begrüßt die Tschechoslowakei, die aber andererseits keinen Grund hat, sich in polnischen Grenzstreitigkeiten verwickeln zu lassen. Alles, was übrig bleibt, ist zum mindesten die französisch-polnische Solidarität.

Französische „Kultur" in Elsaß-Lothringen.

Wie aus Mörchingen (Lothringen) gemeldet wird, hat die Nachricht, daß in der dortigen neuen Kaserne der Maschinengewehrabteilung ein Bordell eingerichtet werden soll, über das ein langjähriger Pachtvertrag bereits abgeschlossen wurde, in der elsaß-lothringischen Presse großes Aufsehen erregt.

Ein großer Sieg Abd el Krims.

London, 16. September. Während es dem französisch-spanischen Nachrichtendienst zuweilen gelingt, Meldungen zu lancieren, denen zufolge die Operationen gegen die Rifleute erfolgreich fortschreiten, wird jetzt durch ein Telegramm aus Fez bekannt, daß es den Rifkabylen gelungen ist, den 2500 Meter hohen Bibanberg zurückzuerobern. Dieser Berg hat wiederholt im marokkanischen Kriege insofern eine Rolle gespielt, als er stets seit Beginn der französischen Offensive heftig umstritten war und wiederholt seinen Besitzer wechselte. Zuletzt hatten die Franzosen die Stellungen auf diesem Berg inne, bis es jetzt dem Ansturm der Rifleute gelungen ist, die Positionen zurückzuerobern.